berg nimmt er öfters Stellung. Sonst bringt er seine gesunde Kritik meist nur durch vorsichtige Zurückhaltung zum Ausdruck, so in dem Abschnitt über Grenzbezeichnungen gegenüber Karl Rübels einschlägigen Phantasien, so I S. 95, II S. 99 gegenüber Viktor Ernsts Theorie von den Meierhöfen und der Entstehung des niederen Adels.¹⁾ In der Genauigkeit nicht nur, sondern auch in dem offenen Blick für alles und in dem Bestreben, nichts unerklärt zu lassen²⁾, offenbart sich der gewiegte Schulmann, der übrigens in einem Nachwort noch ausdrücklich hervorhebt, daß er all diese Forschungen nicht auf Kosten seines Schuldienstes, sondern als Ertrag früher Morgen- und später Abendstunden sowie der Ferien zustande gebracht habe.

In dem Vorwort zu diesem Buche, das in der Hauptsache bereits 1914 fertiggestellt war, aber namentlich im zweiten Teil auch noch neuere Erscheinungen berücksichtigt und, wie hervorgehoben werden mag, auch durch gutes Papier und schönen Druck angenehm auffällt, wirft der Verfasser die Frage auf, ob es wohl auch Leser finden werde in einer Zeit, die unsere Gedanken durch andere Sorgen so ganz in Anspruch nehme. Er hofft es. „Kann sein, daß mancher gerade aus der Trübsal der Gegenwart heraus sich gern auf Stunden in eine harmlosere Vergangenheit flüchtet.“ Ich bekenne, daß mir die Lektüre dieses Werks wie die anderer hervorragender Geschichtsdarstellungen inmitten unserer Not Trost und Erhebung gebracht hat. Aber noch ein anderes Gutes hat es. Gegenüber den maß-, ja sinnlosen Anklagen, die heutzutage wider die hinter uns liegende große Zeit namentlich auch in wissenschaftlicher Hinsicht wegen historischer Verirrung erhoben werden, freilich fast durchweg von solchen, die weder die geistige Höhe noch die Sammlung und am allerwenigsten die Hingabe besitzen, die große wissenschaftliche Leistung nun einmal erfordert, wird u.a. dieses Buch Zeugnis ablegen von dem, was die deutsche Geschichtswissenschaft in der vergangenen Periode wirklich konnte. Denn bei aller Anspruchslosigkeit und Schlichtheit seines Auftretens ist Theodor Knapps neues Buch in seiner Art unstrittig ein Meisterwerk.

Ulrich Stutz.

Max Bär, Die Behördenverfassung der Rheinprovinz seit 1815 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde XXXV). Bonn, P. Hansteins Verlag 1919. V und 651 S. 8^o.

Der durch seine gründlichen verwaltungsgeschichtlichen Arbeiten wohlbekannte Forscher, der seit 1912 als Direktor dem Staatsarchiv zu

¹⁾ D'esse ist, wie vielleicht bei anderer Gelegenheit zu zeigen sein wird, durch dessen neue Schrift über die Mittelfreien weder besser noch annehmbarer geworden.

²⁾ Vgl. z. B. II S. 421 über Urbar.

Koblenz vorsteht, übergibt in diesem Buche der Öffentlichkeit einen zuverlässigen Leitfaden durch die verwickelte Geschichte der Behördenorganisation einer Provinz, die bunter zusammengesetzt ist als irgendeine andere des preußischen Staates, und deren Besonderheiten im administrativen Rahmen des Gesamtstaats heute ein gesteigertes wissenschaftliches und politisches Interesse besitzen. Die Arbeit war anfänglich gedacht als ein Teil der großen historischen Jubiläumsschrift der Rheinprovinz, hat sich nun aber zu einem selbständigen, recht stattlichen Bande herausgewachsen, der unter der Ägide der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde in der bekannten gediegenen Ausstattung ihrer Publikationen erschienen ist.

Das fesselnd geschriebene Eingangskapitel, das einen Rückblick auf die historische Entwicklung der Rheinlande in dem Jahrhundert von 1814 bis 1914 wirft — hervorgegangen aus einem Festvortrag zur Eröffnung der Ausstellung von 1914 —, zeigt den Verfasser als einen Historiker von weitem Blick, der es vortrefflich versteht, die Ergebnisse seiner Forschungsarbeit mit den lebendigen Interessen der Gegenwart zu verknüpfen; weiterhin herrscht dann aber der sachlich-strenge, präzise und auch wohl etwas trockene Ton vor, der dem Gegenstand angemessen ist. Wir haben es hier mit einem der Bücher zu tun, von denen das Wort Mommsens gilt, daß sie mit Entsagung geschrieben sind und mit Entsagung gelesen sein wollen. Es ist nicht Staats- und Verwaltungsrecht, was hier vorgetragen wird, sondern Verwaltungsgeschichte, und zwar nicht aus dem allgemeinen, sondern aus dem provinziellen Gesichtspunkt, und nicht mit der Einstellung auf das Materielle der Verwaltung, sondern auf das Behördenwesen. Dabei kommt es dem Verfasser nicht auf die breite und vollständige Entfaltung aller Einzelheiten des gegenwärtigen Zustandes an, sondern auf die historische Entwicklung, als deren Ergebnis er sich darstellt. Er gibt zunächst eine Übersicht über die Verfassungseinrichtungen der größeren Territorialgebiete, aus denen sich die Rheinprovinz zusammensetzt: die Kurfürstentümer Trier und Köln, die preußischen und die kurpfälzischen Landesteile. Dann werden die Einrichtungen in dem von Frankreich einverleibten linksrheinischen Gebiete und die der Rheinbundstaaten auf der andern Stromseite (Berg, Nassau, der Staat des Reichserzkanzlers wegen Wetzlar) dargestellt, darauf die Übergangsverwaltungen von 1813 bis 1815, der Anfall der Rheinlande an Preußen und schließlich die Einrichtung und Entwicklung der preußischen Verwaltung selbst. Diese ist nach den Organen und Anstalten gegliedert, aber so, daß sachlich zusammengehörige Gruppen als besondere Verwaltungsgebiete zusammengefaßt werden, wie Militärverwaltung, Post, Eisenbahn, Bergverwaltung, Kulturwesen, Hochschulwesen. Den Spezialbehörden, z. B. der Rheinschiffahrts- und der Rheinstrombau-Verwaltung, ist besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden, ebenso den Lokalbehörden und den Einrichtungen der Provinzialstände und der Provinzialverwaltung. Überhaupt ist das Besondere der Provinz sorgfältig herausgearbeitet worden. Nur für wenige Kapitel konnte der Verf. urkundlich fundierte Vorarbeiten benutzen; hier ist dann die Dar-

stellung knapper gehalten; bei weitem das meiste aber ist unmittelbar aus den Akten der rheinischen Archive, des Geheimen Staatsarchivs und des Oberpräsidiums sowie aus den amtlichen Publikationen geschöpft. Die grundlegenden Verordnungen werden ausführlich besprochen und zum Teil exzerpiert. Das Buch bietet auf diese Weise zugleich Ersatz für eine archivalische Aktenpublikation. Man wird ihm vielleicht am besten gerecht, wenn man es mit einer solchen vergleicht. Eine Aktenpublikation über denselben Gegenstand würde eine Reihe von Bänden erfordern, ohne inhaltlich erheblich mehr zu bieten. Die Art, wie der Verf. den Stoff verbunden, komprimiert und gegliedert hat, verdient alle Anerkennung, ebenso die klare, korrekte, saubere und genaue Form der Darstellung. Welche Arbeit in diesen schlichten Ausführungen steckt, kann nur der ermessen, der selbst mit ähnlichen Aufgaben sich abzufinden gehabt hat. Ich verweise nur auf die zahlreichen vollständigen „Beamtenreihen“ für die leitenden Stellungen, die in dem — übrigens sehr praktisch angelegten — Register unter diesem Stichwort zusammengestellt sind. Alles macht den Eindruck der Solidität und Zuverlässigkeit. Der Historiker, der Archivar, der Verwaltungsbeamte, der Politiker und Publizist, nicht zum wenigsten auch der Theoretiker des Staats- und Verwaltungsrechts findet hier für viele Fragen Aufklärung und Orientierung, die ihm mühsame und zeitraubende Nachforschungen ersparen. Es liegt in der Natur der Sache, daß mit den Organen der Verwaltung zugleich auch ihre Funktionen behandelt werden mußten. Es ist kein bloßer historisch erläuteter Behördenschematismus, was dieses Buch der Öffentlichkeit bietet, sondern eine Geschichte der Verwaltungsorganisation einer Provinz, allerdings unter dem vorwiegenden Gesichtspunkt der Behördenverfassung. Ein Jurist wie Ernst von Meier etwa würde die Sache vielleicht noch anders behandelt haben, mit stärkerer Hervorhebung prinzipiell wichtiger funktioneller Bestimmungen. In seinem leider unvollendet gebliebenen Werke über die französischen Einflüsse auf die preußische Staats- und Rechtsentwicklung im 19. Jahrhundert würde wahrscheinlich eine hervorragende Rolle gespielt haben das Steinsche Ressortreglement von 1818, auf das auch Loening in seinem Buche über Gerichte und Verwaltungsbehörden in Preußen (1914) Gewicht legt, das aber von Bär nur sehr kurz und nicht ganz seiner Bedeutung entsprechend gewürdigt wird (S. 185). Anlaß zu Ausstellungen an dem verdienstvollen Werke habe ich sonst nicht gefunden; nur einen der — übrigens sehr seltenen — Druckfehler möchte ich hier korrigieren, weil er verwirrend wirken könnte: auf S. 229 Z. 8 muß es „Verwaltungsbeschlußbehörde“ statt „Verwaltungsausschußbehörde“ heißen.

Berlin.

O. Hintze.

Dr. Eduard von Rodt, Architekt, Die Burg Nydegg und die Gründung der Stadt Bern. Bern, A. Francke 1919. 27 SS. in 4^o mit einer Tafel.